

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Weltliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierblättrig 20 Pf. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Berichter: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigentitel: Die lebenswichtigen Tatsachen
hauptmannschaft 20 Pf., im amtlichen Teil einer von Behörden bis Zeile 200 Pf. — Gegenwart nach Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 20

Dienstag den 24. Januar 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Alle am 1. April 1922 schulpflichtig werdenden Kinder sind Freitag den 27. Januar vormittags 10 Uhr im Amtszimmer des Unterzeichneten (2. Stadtwert Nr. 24) anzumelden und persönlich vorzustellen. Dabei sind der Impfschein und bei auswärts geborenen Kindern außerdem eine standesamtliche Geburtsurkunde und das Taufzeugnis vorzulegen.

Die Anmeldungen erfolgen in Gegenwart des Schularztes. Dippoldiswalde, 22. Januar 1922. Orl. Schäfer, Schulleiter.

Öffentliches und Sächsisches

Dippoldiswalde, 23. Januar. Durch die Herren Bezirksvorsteher gelangten gestern die Zinsen der Fehrmann-Stiftung (85 M.) zur Verteilung und zwar illestungsgemäß an 12 bedürftige Bürger.

Im Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung in der letzten Nummer muß es in dem die staatliche Gewerbesteuer betreffenden Absatz bezüglich der Betriebsanlage nicht 12, sondern 2% heißen.

Nach Mitteilung des hiesigen Postamtes unterbleibt die Annahme von Paketen und Wertsendungen über Hainsberg hinaus für die Dauer des Eisenbahnverstreiks.

Zu einem Weihnachtsvergnügen hatte der Turnverein "Jahn" seine Mitglieder und Angehörige am vergangenen Sonnabend in die Reichskrone eingeladen. Zahlreich war man der Einladung gefolgt und niemand wird es wohl bereut haben, wurden die Anwesenden doch durch die Darbietungen wiederum in die schöne Weihnachtszeit zurückversetzt. Ein Einakter "Weihnachten in der Waldschänke" wurde recht flott gespielt und fand viel Anklang, ebenso der von Herrn Jänicke eingeübte Reigen "Weihnachtsglückchen", von Schulmädchen recht graziös ausgeführt. Es war entzückend, zu sehen, wie ungezwungen und mit welcher Wonne sich die Kinder dem Spiel hingaben. Reicher Beifall wurde ihnen dafür zuteil. Auch einige humoristische Sachen wurden vorgetragen und Ball beschloß den gemütlich verlaufenen Abend.

Am Sonnabend hielt der Gesangverein "Niederkranz" seine diesjährige Generalversammlung im Schürenhaus ab. Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder erstattete der Vorstand, Herr Eberlein, einen ausführlichen Jahresbericht, aus dem zu erkennen war, daß der Verein sich seit Kriegsende wieder gut emporgearbeitet und eine stattliche Mitgliedszahl aufzuweisen hat. Unter der unermüdlichen Leitung des Dirigenten, Herrn Alfred Börner, wurde in den Übungsstunden fleißig geübt und man trat im Laufe des Jahres durch verschiedene Konzerte, die immer gut ansprachen und auch gut besucht waren, an die Öffentlichkeit. Der Bericht des Kassierers zeigte, daß der Verein auch auf finanziellem Gebiete nicht schlecht dasteht. In der Besetzung der Vorstandsräume blieb alles beim alten, da sämtliche bisherigen Inhaber derselben wiedergewählt wurden.

Am Sonnabend trat im Reichskronen-Saal der hiesige Mandolinen-Klub zum ersten Male in einem öffentlichen Konzert fehlstündig auf. Chöre von 16 Spielern, Quintette, Doppelquartett und Duette sowie Soloträte von einer fünfgliedrigen Damengruppe folgten in angenehmer Abwechslung schnell aufeinander und brachten Märsche, Tänze und Lieder auf Mandoline, Mandola und Bass-Gitarre zu Gehör. Die Leistungen des noch jungen Klubs wurden, abgesehen von einigen Unstimmigkeiten in Tonreinheit und Akkordfolge, von der zahlreichen Zuhörerschaft dankbar anerkannt. Erfreulich ist die Hauptausgabe des Klubs, Liebe zur Musizibetätigung zu verbreiten. Besondere Wohlgefallen erregten ein komisches Duett von zwei Herren, die schön gesungenen Lieder zur Laute von Hr. Gertrud Jädel aus Berlin und die mit großer Gewandtheit und Geschwindigkeit geführten Fantasy-Tänze von Hr. Greidrich Jädel aus Berlin mit effektvoller Beleuchtung.

Sportfest in Geling-Altenberg am vergangenen Sonntag! Man konnte da wohl mit einem starken Zugverkehr auf unserer Bahnlinie rechnen, und die Bahnverwaltung hatte denn auch verschiedene Sonderzüge vorgelehen. Da sah am Sonnabend bei dem Fernverkehr der Streik ein. Nach Angaben des Bahnpersonals sollte von Mitternacht ab auch der Vorortverkehr eingestellt werden. Das geschah zwar nicht, aber viele unterließen doch bei der Unsicherheit die geplante Reise. Der Frühzug nach Ripsdorf wurde in zwei Teilen gefahren, 129 folgte ihm ein Sonderzug, doch waren sie alle nicht besonders stark besetzt. Voller waren die Nachmittags-

und Abendzüge nach Dresden. Der 5-Uhr-Zug und ein Sonderzug um 1/27 waren dicht besetzt, der 9-Uhr-Zug fuhr in zwei Teilen. — Heute Montag verkehrte der Frühzug nach Ripsdorf verspätet, er brachte aber, wie die gestrigen Jüge schon, keine Post, ebenso war gestern auch der Milchwagen nicht eingestellt worden.

Am 21. Januar hielt die Ortsgruppe Dippoldiswalde vom Sächsischen Gemeindebeamtenbund, die die Stadt Dippoldiswalde und die umliegenden Gemeinden umfaßt, im "Hirsch" hier ihre Hauptversammlung ab. Der Obmann, Stadtklassierer Schubert, Dippoldiswalde, erstattete einen ausführlichen Jahresbericht und Sparklassifizierer Wehnert den Rassendbericht. Anschließend daran wurden verschiedene innere Angelegenheiten besprochen. Wie bisher sollen auch im neuen Jahre wieder Fortbildungs-Vorträge stattfinden. Die Vortragenden wurden aus den verschiedenen Verwaltungsgebieten bestimmt. Ergänzungswahlen wurden vorgenommen für den Obmann, den Schriftführer, den Kassierer und einen Beisitzer. Stadtklassierer Schubert, der die Ortsgruppe 20 Jahre lang in vorzüglichster Weise geleitet hat, lehnte die auf ihn gesetzte Wiederwahl leider ab. In seine Stelle wählte man einstimmig Obersekretär Jäschke, Dippoldiswalde. Als Vorstandsmitglieder wurden wieder bez. neugewählt Stadtklassierer Schubert, Sparklassifizierer Wehnert und Stadtklassifizierer Weißhampel. Im nächsten Jahre haben Ergänzungswahlen stattzufinden für den Stellvertretenden Obmann und die Vorstandsmitglieder Gemeindetassierer Gruhner, Schmiedeberg und Verwaltungs-Assistent Böner, Dippoldiswalde. Am Schluß der Hauptversammlung nahm der Stellvertretende Obmann Obersekretär Hell, Dippoldiswalde, noch Gelegenheit dem bisherigen Obmann Stadtklassierer Schubert für seine der Ortsgruppe geleisteten, langjährigen und erfolgreichen Dienste namens der Ortsgruppe Dank und Anerkennung auszusprechen.

Eine höchst merkwürdige Übereinstimmung besteht zwischen dem diesjährigen Kalender und demjenigen vom Jahre 1911. Es ist nicht nur auffallend, daß beide Kalenderjahre mit einem Sonnabend beginnen, auch sämtliche bewegliche Feiertage fallen in beiden Jahren auf dasselbe Datum. So feierten wir im Jahre 1911 das Osterfest am 16. April, was auch im Jahre 1922 der Fall sein wird. Dementsprechend fällt auf beiden Kalendern das Pfingstfest auf den 4. Juni usw. Wer demnach noch einen Kalender vom Jahre 1911 besitzt, kann diesen auch in diesem Jahre benutzen.

Überndorf. Die Witterung ist günstig, die Nacht ist hell; also auf zum Staatstheater nach Überndorf. Zum Staatstheater? Nun ja. Eine hier wohnende, mit Mitgliedern des Staatstheaters befreundete Familie hat die Vorbereitung getroffen, am Sonnabend in Spiegels Gasthof hier ein Lustspiel mit Mitgliedern des Staatstheaters zu gestalten. So "360 Frauen", Lustspiel in 3 Akten von Hans und Johanna Wenzel, wird gegeben. Soviel Personen hätten ungesähr im Zuschauerraum Platz gehabt; leider waren nur gegen 100 erschienen. Es fehlten viele Familien, die sonst gern etwas Gutes hören und die Kunst unterstützen. Ob es an der nötigen Reklame gefehlt hat? Also noch dem am Hochzeitsfeste erprobten Geständnis hat der Chemann monatlich mit 3 Damen gefilzt, das macht im Jahre 36 und in zehn Jahren seines Junggesellenlebens 360. Natürlich sofortiger Ehezwist, der aber durch eine gewaltsame hervorgerufene Eifersuchtszene wieder gehebet und geglättet wird. Die Rollen der Hauptpersonen dargestellt von Fräulein Erika Rösch und Herrn Kurt Schönbach, sowie des aufgeregten Stubenmädchen Annette (Fräulein Edith Scheppach) wurden ausgezeichnet gespielt. Die beiden anderen Darsteller waren nach der Kundgebung des Herrn Schönbach als Spielerleiter erst zur Ergänzung eingespungen und fühlten sich darum in der Belehrung ihrer Rollen leider etwas sehr unsicher. Auch war der ganz hübsch dekorierte Raum der Bühne klein und beengt, so daß die Handlungen der Darsteller beeinträchtigt wurden. All diese Mängel wurden vor und nach dem Theater aber gut gemacht durch vortreffliche Rezitationen von Fräulein Schreck und Herrn Schönbach, der auch in einer echt künstlerisch vorgeführten Pantomime die größte Heiterkeit der Besucher erzeugte.

Freital schuldet noch die gesamte Bezirksumlage auf 1921 in Höhe von 299 000 M., außerdem noch von 1920 261 000 M.

Dresden. Seit 17. Januar tagt wieder die 11. ordentliche evangelisch-lutherische Landesynode, um in erster und zweiter Lesung den vom Kirchenregiment ausgearbeiteten und vom Verfassungsausschuß inzwischen teilweise abgeänderten Entwurf einer neuen Verfassung für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsen durchzuberaten. Das wichtigste bisherige Ergebnis dieser Beratungen, die sich noch über etwa

8—10 weitere Tage erstrecken werden, ist die Aufführung des Amtes und Titels eines Landesbischofs für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsen. Es war bedeutsam, daß über das neue Bischofamt völlige Einstimmigkeit in der Synode herrschte. Es darf daraus geschlossen werden, daß der Wunsch nach einer persönlichen Leitung der Kirche gegenüber einer nur kollegialen in weiten Kreisen der Kirche doch ziemlich lebhaft vorhanden ist. Gegen den Titel wurden zwar in der Synode Bedenken laut, jedoch auch hier ergab sich eine starke Mehrheit von 59 gegen 19 Stimmen für den Titel "Landesbischof". — Als weiterer bedeutsamer Beschluß der Synode darf bezeichnet werden, daß künftig an der Spitze der Verfassung eine Art Erkenntnisbuch stehen soll mit folgendem Wortlaut: Die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsen steht getrennt dem Glauben der Väter auf dem Evangelium von Christus, wie es in der heiligen Schrift erhalten und wie es in der ersten ungeänderter Augsburgischen Konfession und sodann in den übrigen Bekennnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist. — Bei den Beratungen über die Zusammensezung der Synode wurde die Frage der Urwahlen aufgerollt, jedoch nur in dem Sinne, daß ein Teil der Synodenalten unter Führung von Dr. Hedrich-Dresden für die Vollziehung der Wahl durch die wahlberechtigten Mitglieder der Kirchengemeinde eintraten, während im Entwurf nur die Kirchengemeindevertreter die Wahl zu vollziehen hatten. Der Antrag Hedrich wurde jedoch mit starker Mehrheit abgelehnt, ebenso ein Antrag Rickmann auf Einführung des Verhältniswahlsystems. Die Verhandlungen über die neue Kirchenvorfaßung werden am Montag den 23. Januar vormittags 1/2, 12 Uhr fortgesetzt.

Der Bezirksausschuß Dresden-Neustadt genehmigte die Bezirkssteueroerordnung, wonach die Gemeinden 1922 25% Zuschlag erheben.

Die Tätigkeit der Arbeitersamariterkolonne Dresden. Im Jahre 1921 hat die Kolonne bei 3120 Unfällen die erste Hilfe geleistet. Beim Kreisturnfest des Arbeiterturnbundes hat die Kolonne allein in 700 Unglücksfällen geholfen. Dienst bei verschiedenen Versammlungen leisteten an 548 Tagen 1451 Samariter und 314 Samariterinnen.

Dresden. In der Gesäßgelaufstellung hat ein Hahn einen Katalogpreis von 50 000 M., ein Taubentrio einen solchen von 180 000 M.

Vor 50 Jahren hatte der Dresdner Turngau 1600 Mitglieder. Darunter waren 900 praktische Turner.

Verwergerung der Pensionserhöhung an die Geistlichen und Hinterbliebenen. Nach den Begriffen der Staatsdienereigenschaft sind die bisher pensionierten Geistlichen und die Hinterbliebenen von Geistlichen Staatspensionäre wie andere pensionierte Staatsbeamte, weil sie Pensionäre der bisherigen Staatskirche sind. Sie haben infolgedessen ein Recht darauf, daß ihre Pensionen ebenso erhöht würden, wie dies im Rahmen der letzten Gehaltsreform mit den Pensionen aller Staatsbeamten geschah. Jetzt aber hat die sächsische Regierung dem Landeskonsistorium die Mitteilung gemacht, daß sie es ablehne, diese erhöhten Pensionen zu zahlen. Die deutsch-nationale Landtagsfraktion hat daraufhin den Antrag eingebracht, die Kammer solle beschließen: In Abbruch, daß das Gesamtministerium die vom Kultusministerium ausgearbeitete Vorlage über die Pensions- und Hinterbliebenenversorgung der Geistlichen dem Landtag nicht vorzulegen beschlossen hat, das Gesamtministerium zur schleunigsten Vorlegung dieser Vorlage zu veranlassen.

Nachdem der Landtag beschlossen hat, bis auf weiteres nur Donnerstags Sitzungen abzuhalten, um Zeit für Ausschusserörterungen zu gewinnen, versprechen die Tagesordnungen recht reichhaltig zu werden. Die Tagesordnung für die 93. Sitzung des Landtages am Donnerstag den 28. Januar nachmittags 1 Uhr enthält u. a. folgende Punkte: Gelehrtenvorschlüsse: Eingemeindung selbstständiger Gutsbezirke, Erweiterung der Landeskulturrentenbank, Änderung des Allgemeinen Berggesetzes, Auszahlung der Dienstbegleite der Volks- und Fortbildungsschullehrer unter Mitwirkung von Gehalts-technern, Mittel zur Verbesserung der Milchversorgung; ferner Antrag Barthel auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und folgende Etatkapitel: Verwaltung der Staats-schulden, staatl. Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden, Landeslotterie, Auflösung der normalen königlichen Haushaltungen und Leistungen auf Grund des normalen königlichen Haushaltsgesetzes, Verzinsung der Staats- und Landeshauptkassen-schulden, Tilgung der Staats- und Landeshauptkassen-schulden, auf den Staatskassen ruhende Jahrerenten, Hauptstaats-archiv, Gendarmerieanstalt, Errichtung von Dienst- und Wohngebäuden für die Gendarmerieabteilungen, Landwirt-schaftliche Versuchsanstalten, Landwirtschaftliche und gärtner-

rlische Versuchs- und Verspielsbetriebe, Statistisches Landesamt, Sächsische Staatszeitung, Medizinal- und Veterinärpolizei, Abteilung von Apothekenverleihungsrechten, Stenographisches Landesamt, Allgemeine Regierungs- und Verwaltungangelegenheiten, Landeswetterwarte, Seminare. Schließlich Antrag Menke wegen Erstattung verloren gegangenen Arbeitsverdienstes an Schöffen und Geschworene.

Röhrshenbroda schloß die Schule wegen Grippeerkrankungen von Lehrern und Schülern.

Birna setzte die Entschädigung für die Ratsmitglieder und den Stadtverordnetenvorsteher auf 1200 M., für die Stadtverordneten auf 600 M. fest. Für jede versäumte Sitzung kommen 20 M. in Abzug.

Radebeul erhebt zur staatlichen Gewerbesteuer und zur staatlichen Grundsteuer je einen Zuschlag von 25 %.

Langenwolmsdorf. Wie Gemeindevorstand Horn in der ersten diesjährigen Gemeinderatssitzung mitteilte, sind die beiden bisher selbständigen Gutsbezirke seit 1. Januar mit der Gemeinde vereinigt worden. Die Eigentümer haben bis zur nächsten Wahl Sitz und Stimme im Gemeinderat.

Leipzig. In der Woche vom 8. bis 14. Januar starben hier 213 Personen bei 220 Geburten.

Leipzig. In einer der letzten Nächte ist ein in der Schwarzsackstraße wohnender Musikstudent in der vom Losplatz nach der Hoser-Straße führenden Schlippe von zwei hinter ihm herkommenden unbekannten Männern überfallen und mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen worden. Als der Überfallene, der infolge des heftigen Schlages ohnmächtig zusammengebrochen war, sich nach einiger Zeit wieder erholt hatte, vermietete er seine Geldtasche, die außer einem Geldbetrag von etwa 275 Mark noch eine Postquittung über einen Einschreibebrief an Stein in Lähn im Riesengebirge enthielt. Leider sind die Täter unbekannt entkommen.

Köslitz. Die Stadtkapelle hatte an den Stadtrat ein Gesuch gerichtet, ihr eine städtische Unterstützung von jährlich 18 000 M. zu gewähren, da sie sonst nicht mehr existenzfähig sei. Der Rat hat das Gesuch abgelehnt. Die Stadtverordneten haben mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, die Sache nochmals an den Rat zur weiteren Erörterung und Beschlussfassung zurückzuweisen.

Hohenstein-Ernstthal. Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden veranstaltet hier in Verbindung mit den städtischen Behörden vom 5. bis 13. Februar eine Wanderausstellung für Säuglings- und Kinderpflege.

Zwickau. Wie das „Zwickauer Tageblatt“ meldet, haben sämtliche bürgerliche Stadtverordneten in Crimmitschau wegen erheblicher Meinungsverschiedenheiten mit ihren sozialistischen Kollegen ihre Amtswiderrichtung und die Eröffnung der Übernahme der Mandate abgelehnt. Um Mittwoch war eine bürgerliche Abordnung beim Minister Lipinski in Dresden und verlangte von ihm angesichts der Unmöglichkeit eines gedeihlichen Zusammenwirkens die Auflösung des Kollegiums. Der Minister hat aber die Forderung abgelehnt.

Adorf i. V. Die Stadt Adorf möchte aus Ortsklasse C nach Ortsklasse A verlegt werden. Das Ratskollegium hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Bürgermeister wegen dieser Angelegenheit in Berlin persönlich vorstellig werde. Durch Wiedereinführung voller Straßenbeleuchtung, die im Stadtverordnetenkollegium einstimmig beschlossen worden ist, erwächst der Gemeinde eine Fahrsausgabe von 800 000 M.

Altingenthal. Der Besuch von jenseits der Grenze hält unverhindert an. Die Straßen sind nachmittags schwarz von Ausländern, die von Läden zu Läden ziehen. Wie sie die Waren über die Grenze bringen, ist ihre Sache — jedenfalls lohnt es sich!

Planen i. V. Der Verband der sächsischen Feuerbestattungsvereine hält hier am 21. d. M. eine Vertretertagung ab, für die Abgeordnete aus allen Teilen Sachsen angemeldet sind.

Döbeln i. V. Vom Kirchenvorstand ist das kirchliche Ortsgefecht über die neue mit dem 1. April d. J. in Wirklichkeit einzuhaltende Kirchengemeindevertretung aufgestellt worden. Von 33 Kirchengemeindevertretern sind 11 zu berufen und 22 durch kirchliche Wahlen zu bestimmen. Nach den Wahlbezirken sind 18 aus dem Wahlbezirk der Stadt Döbeln mit Rötha und Voigtsberg zu wählen. Ferner soll ein Vertreter aus dem neubegründeten Wahlbezirk Lauterbach, 1 aus Schönbrunn, 1 aus dem Wahlbezirk Ebersbach-Hundsgrün-Ober- und Unterhermsgrün-Dreihöf und 1 aus Hartmannsgrün-Unterhermsgrün-Zaulsdorf gewählt werden.

Bernstadt (lausitz). Hier starb der Buchhändler Emil Schmidrode im 83. Lebensjahr. Er war der Gründer der Druckerei der „Oberlausitzer Zeitung“. Von 1887 an gehörte er den städtischen Kollegien an.

Pulsnitz. Während in der hiesigen Eisengießerei von Matti drei Arbeiter mit dem Transport eines Krafthammers beschäftigt waren, löste sich dieser und stürzte herab, wobei er den Schmied Hofmann unter sich begrub. Diesem wurde der Brustkorb zerdrückt und ein Bein abgeknickt, sodass der Tod bald nach dem Unfall eintrat.

Die Presse und Poincaré.

„Gewogen und zu leicht befunden.“

Die gesamte deutsche Presse ist natürlich einstellig in der Ablehnung der Gewaltrede des neuen französischen Ministerpräsidenten, dessen überspannter Chauvinismus wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit in die Erscheinung getreten ist. Aber auch die außerdeutschen Blätter sind ganz und gar nicht zufrieden, und hier sind es namentlich die führenden englischen Zeitungen, die ihrer Misstimmung unverblümkt Ausdruck geben.

So schreiben die „Times“, es sei zu bedauern, daß Poincaré seine einzige „hohe Note“ angeschlagen habe, und weiter: „Wie können nicht sagen, ob das französische Volk es voreilt, in dieser unruhigen und gefährlichen Zeit fest auf dem Boden eines engen Nationalismus zu stehen, oder ob es beginnt, die Notwendigkeit einer umfassenderen Vereinigung der Nationen einzusehen.“

Der Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ weißt es, fehlt an politischen Anständen,

ungen, die bereits jetzt von dem baldigen Ableben des Kabinetts Poincaré sprechen. Poincaré's zahlreiche Feinde in der Kammer beschäftigen sich bereits jetzt mit seiner politischen Grabeschrift, die nach ihrer Ansicht lauten müsste: „Gewogen und zu leicht befunden.“ Ferner betont das gleiche Blatt zu der Behauptung Poincarés, daß man bezugt sein werde, zu erklären, der Termin für die Räumung des linken Rheinufers habe noch nicht begonnen, dies sei eine Ansicht, die Großbritannien auch nicht für einen Augenblick gelten lassen könne. Am allerwenigsten angeht der sozialen Haltung, die die Berliner Regierung gegenüber dem Friedensvertrage gezeigt habe, seitdem Dr. Welth an ihre Spitze getreten sei.

Der „Daily Express“ sagt, die Rede Poincarés sei nicht dazu angetan, die Besorgnis in England und in den Vereinigten Staaten wegen des Rückgangs der französischen Politik zu besänftigen. Poincaré sei das Sprachrohr des französischen Chauvinismus gewesen. Der Teil seiner Rede, der am meisten Verwirrung verursachen werde, sei der, in dem er von der Aufrechterhaltung der Sanctionen spricht. Zahlreiche Personen in England verzerrten, daß die Franzosen diesen Beweisgrund nur als eine Entschuldigung anwenden wollen. Vielleicht werde die Zeit Frankreich von dem Wahnsinn des Chauvinismus überzeugen.

Die häufig offiziell bediente „Westminster Gazette“ schreibt, man muß Poincaré dankbar sein, für die Schnelligkeit, mit der er die Haltung seiner Regierung klar gezeigt habe. Der Pariser Berichterstatter des Blattes sagt, Poincaré bleibe sich selbst gleich.

Die Reparationslasten.

187,5 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages.

Der Reichsrat hat in seiner letzten öffentlichen Sitzung den Haushaltsentwurf für 1922 genehmigt. Der Gesamtbetrag des Staats beläuft sich auf 181,5 Milliarden gegen 162 Milliarden für 1921. Dieses Defizit ergibt sich aus der ungeheuren Belastung des Gesamtstaats durch die Milliardenausgaben für die Durchführung des Friedensvertrages. Der sogenannte Reparationshaushalt erfordert, so weit sich bis jetzt übersehen läßt, einen Gesamtzufluß von 187,5 Milliarden Mark. Zur Tilgung der Reparationen sind 132 Milliarden erforderlich. Die Ausgaben für internationale Kommissionen sind mit 1,8 Milliarden eingestellt. Der Vorsitzende der militärischen Kontrollkommission erhält jährlich 1 Million 650 000 Mark, wovon allein 350 000 Mark für die Hotelwohnung bezahlt werden. Für jeden Unteroffizier hat das Reich einen Zufluss von 138 000 Mark jährlich zu zahlen. An Reparationszahlungen im engeren Sinne sind jährlich 3 Milliarden Goldmark zu leisten.

Im Hinblick auf diese ungeheuren Lasten sucht die Reichsregierung im eigentlichen Reichshaushalt an allen Ecken und Kanten zu sparen, jedes Defizit zu vermeiden und möglichst noch Überschüsse herauszuwirtschaften. Tatsächlich ergibt der ordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung für 1922 — wenngleich im Voranschlag, ob es dabei bleibt, in einer anderen Frage — einen Überschuss von 18 Millionen Mark, der zur Entlastung des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages verwendet werden soll. Beträgen zur Verbilligung von Lebensmitteln sind in den Haushaltplan für 1922 nicht eingestellt. Der ordentliche Haushalt der Eisenbahn- und Postverwaltung ist ins Gleichgewicht gebracht. Die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts hängt davon ab, ob infolge der Tarifabschluß ein Verkehrsrückgang eintreten wird und weitere Lohn erhöhungen notwendig werden. Der außerordentliche Etat der Reichspostverwaltung weist einen Anteil von 2,4 Milliarden, die Reichseisenbahnenverwaltung einen solchen von 6,7 Milliarden Mark auf.

Die Reichsratsausschüsse hatten bei der Staatsberatung weitgehende Ersparnisvorschläge gemacht, sie war der Abbau des Reichsschägministeriums und des Reichsnährungsministeriums angeregt und in der übrigen Staats allerhand Personalabfälle vorgenommen worden. Das Plenum des Reichsrates hat sich mit der Auflösung des Reichsschägministeriums einverstanden erklärt und Ausgaben für diesen Etat nur noch für ein halbes Jahr bewilligt. Der Haushalt des Ernährungsministeriums wurde noch einmal in vollem Umfang bewilligt, dürfte aber im nächsten Jahre in Wegfall kommen. Doch was bedeuten alle diese Ersparnismaßnahmen angesichts der Milliardenlasten für die Durchführung des Versailler Gewaltbündnisses!

Gefährliche Finanzformen.

Wir wissen alle, daß nur die Deckung des östlichen Bedarfs aus laufenden Einnahmen eine Festigkeit des Geldwertes und damit einen sozialen Zug in unser wirtschaftliches Leben hinzubringen kann. Seit Jahr und Tag hat das Reich Kosten auf sich genommen, die in normalen Zeiten von dem Einzelnen getragen werden mussten. Im Verkehrswesen haben wir fast 20 Milliarden Mark aus der Reichskasse zuschießen müssen, und für das am 15. August d. J. ablaufende Wirtschaftsjahr müssen von Reichswegen 16,4 Milliarden Mark ausgewendet werden, um unser Volk mit Brot zu versorgen und das aus dem Auslande zu beschaffende Brotgetreide zum Brotkartenpreis zur Verfügung stellen zu können. Die Reparationskommission, die im November 1921 in Berlin geweilt, und sich die Reichsfinanzen aus der Nähe angesehen hat, verlangt als eine der schleunigsten und wichtigsten Maßnahmen den „Aufbau der privaten Unterstützungen“. Hierunter wurden eben diese Milliardenbeträge verstanden, welche das Reich den Benutzern der Verkehrsmittel und den Verbrauchern des Brotes laufend zuschiebt. Die Erhöhung der Postkäufe am 1. Januar sowie die Erhöhung der Eisenbahntarife am 1. November, 1. Dezember und 1. Februar entspricht also den Forderungen unserer Gläubiger. Für das Rechnungsjahr 1922 (beginnend am 1. April) wird also eine Deckung der Kosten im Verkehrswesen erreicht. Wenigstens ist dies auf dem Papier der Fall. Ob die Praxis mit der Theorie übereinstimmen wird, ist eine andere Frage. Nun hat die Reichsregierung auch den Abbau der Brotzuschüsse in Angriff genommen. Das Reichsnährungsministerium hat Berliner Pressevertretern am 14. Januar mitte-

liefert, daß vom 16. Februar ab die Brotpreise um 10 Proz. erhöht werden müssten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Reichsregierung dieser Entschluß sehr schwer geworden ist. Er ist durch die Fortsetzung unserer Gläubiger zur Notwendigkeit geworden und muß durchgeführt werden. Die Verantwortung für diese Maßnahme trifft also nicht unmittelbar deutsche Regierungsstellen, sondern unsere Gläubiger, welche auf Streichung der Brotzuschüsse bestehen. Allerdings machen wir jetzt die bittere Erfahrung, daß die Bischöfliche Wirtschaft, die wir jahrelang ähnlich unbekümmert betrieben haben, mit einem Schlag aufhören muß. Was eine Brotversteuerung in solchem Umfang bedeutet, haben wir oft genug erfahren. Der Herbst 1921 hat eine ungeheure Steigerung der Preise gebracht. Die private Wirtschaft, die eine gute Konjunktur genoss, hat die geforderten Lohn erhöhungen zum größten Teil verwältigen können. Die Konjunktur geht indessen ihrem Ende entgegen. Englands Hauptstreben auf der Konferenz in Cannes und bei den Vorbesprechungen vor Jodora gerichtet, die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, und damit die Konjunktur der eigenen Industrie zu verbessern und die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande zu mildern. Die Versteuerung des Brotes und des Brotteigs wird also in Deutschland nicht — oder doch zum erheblichen Teil nicht — durch erhöhte Gehälter und Löhne ausgeglichen werden können. Die deutsche Industrie wird ihren Betrieb einschränken müssen; das Reich wird eine Erhöhung seines Ausgaben-Etats mit Rücksicht auf seine Gläubiger nicht statthaften lassen dürfen. Die Finanzreformen, die wir jetzt im Geschwindtempo durchzuführen im Begriff sind, bringen also schwere Gefahren für unser Volk mit sich. Da ist es besonders notwendig, daß jedes fruchtbare Parteidank unterbleibt, und daß die Vertretung des deutschen Volkes im Reichstag auf breitester Grundlage an der Wiederherstellung der bevorstehenden Krise arbeitet.

Die unentwegte Greuelheze gegen Deutschland.

Die ungeheurende und gemeine Hetzpropaganda, die von der großen „Kulturnation“ Frankreich ausgeht, in der berüchtigten Northhellspresse Englands und später in den von der Entente kontrollierten Blättern jenseits des großen Wassers würdige Partner fand, überging die gesamte „Kultur“ Welt während des Krieges mit einer schmugeligen Lauge der Lüge und Verleumdung, um Deutschland neben dem militärischen und wirtschaftlichen auch den moralischen Schaden zuzufügen. Dieser „Friede“, der in Wahrheit nur ein Nachkrieg im Sinne von Versailles, Spa und London bedeutet und der Welt nie und nimmer die Heilung vor schwerem Siechtum zu bringen vermugt, läßt auch die häßliche Greuelheze gegen alles, was sich deutsch nennt, nicht verschwinden. „Denkmal deutscher Schande“ werden allerorten in Frankreich und Belgien unter großem militärischem Bombenbeschluß. Eine „Liga des Hasses“, genannt „Souverez vous!“ (zu deutsch: „Erneut euch!“) ist in hingebender Weise bestrebt, die „Greuel und Schandtaten“ der Deutschen während des Krieges in Frankreich und Belgien unter großer militärischer Bombenbeschluß zu verbreiten. Eine „Liga des Hasses“ ist in hingebender Weise bestrebt, die „Greuel und Schandtaten“ der Deutschen während des Krieges in Frankreich und am liebsten auf der ganzen Welt unauslöschlich den kommenden Generationen einzuprägen. Hass — Lüge — Schmutz — — heute genau so wie einst! Nur wenige vernünftige Stimmen erhoben sich gegen diese ständige moralische Verfehlung, die von Frankreich ausgeht. — So liegt in Rumänien, daß in der Tat auch nur wenig Grund hat, sich über deutsche Greuel zu beklagen, — im Gegenteil schamrot werden müßte, wenn es sich nur daran erinnerte, wie es bei Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rumänien in geradezu entsetzlicher Weise die unglücklichen „Zivilgefangenen“ behandelt und in grausamster Art in den ungesunden Internierungslagern gepeinigt hat. Und das Deutschtum in Rumänien war bis zum Kriege ein überaus wichtiger Kulturfaktor für dies einst unter einem deutschen Herrscher so beispiellos aufblühende Balkanland.

Da die von Paris aus in Rumänien unterhalten und geführte Greuelheze gegen Deutschland vor Woche zu Woche in Rumänien immer weniger wirksam geworden war, griff man neuerdings wieder zu den altherwährten Mitteln der Greuelbilder. Ein anonymes Verlogsbüro „Idealus“ verbreitet zwei Tafeln mit acht Bildern über „Die Leiden der rumänischen Gefangen in Deutschland“, mit dem Biele, „die Massen durch alle Mittel und ohne Rücksicht auf die Kosten zu erschlagen und aufzulösen“. Glücklicherweise ist das Machwerk so roh und gemein, daß es selbst die Arbeiter und Bauern abstößt. An erkannt muß jedenfalls auch werden, daß die rumänische Presse, die doch durchweg sehr national gehalten ist, diesen neuen Hetzversuch zurückweist. „In Deutschland haben unsere Gefangenen gelitten, wie alle Gefangenen in allen Ländern gelitten haben,“ schreibt hierzu eine der gelesenen Befreieter Zeitungen. „Aber wir glauben nicht, daß man heute noch zur Bildung und Erziehung der Massen beitragen kann, indem man eine Propaganda ohnmächtigen Hasses gegen andere Völker und Länder betreibt, zumal wenn, wie in diesem Falle, innerhalb unserer eigenen Grenzen so viele Mitbürger leben, welche die deutsche Sprache sprechen . . .“

Aus der französischen Fremdenlegion.

Um dänischen Reichstag kam man auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite her auf die dänischen Fremdenlegionen in Marocco zu sprechen. Die sozialdemokratische Presse Dänemarks bemüht sich sehr, in die Zustände der französischen Fremdenlegionäre hineinzuleuchten und bringt immer und immer wieder auf die Entlassung der dort dienenden jugendlichen Dänen. Die Feststellungen, die die dänische Regierung über die Zustände in der Fremdenlegion anlässlich dieser Interpellation machen mußte, waren ein greelles Schlaglicht auf diese Einrichtung der „kultiviertesten“ aller Nationen Europas. Deserteure sind häufig, auch das Verlangen, wieder heim-

geschildert zu werden, wird oft gestellt. Die deutsche Regierung hat sich bemüht, auch die Herausgabe der jugendlichen Personen zwischen 18 und 25 Jahren zu erlangen, und Frankreich soll zuerst auch bereit gewesen sein, natürlich gegen Entstaltung des Handgeldes, die zum Dienst Geprägten wieder zu entlassen. Bald darauf aber hat das französische Kriegsministerium diese Fristage wieder zurückgenommen, weil man wahrscheinlich gefürchtet hat, daß dann vielleicht neun Zehntel der gesamten Fremdenlegionäre das Verlangen stellen werden, das „gästliche“ Marokko verlassen zu dürfen. Ganz ausnahmsweise hat Frankreich zugestanden, daß solche jugendlichen Personen entlassen werden können, die für den Unterhalt ihrer Familie befragt. Ganze 18 dänische Fremdenlegionäre sind auf Grund dieser Vereinbarung von den Franzosen entlassen worden. Der große Rest muß weiter Frankreich dienen. Sehr interessant war auch die Mitteilung des dänischen Ministers, daß nur durch persönliche Intervention des Königs von Dänemark zwei zum Tode verurteilte dänische Legionäre zu lebenslanger Zwangarbeit „begnadigt“ worden sind. Auch die Bekraftung wegen sogenannter militärischer Vergehen scheint recht häufig zu sein.

Alle diese im dänischen Parlament festgestellten Tatsachen dürften auch in Deutschland auf dieselben recht abschreckend wirken, die die Absicht haben sollten, ihrem Vaterland den Rücken zu lehnen und in der Fremdenlegion Frankreichs Frontdienste zu leisten.

Theorie und Praxis.

Bon Washington sollte bekanntlich das Heil der Welt kommen. Tief dunkle Nacht ist es auf der Erde seit jenem Unglücksjahr 1914, das die Kulturröder des alten Kontinents aufeinanderlosstürmen soh. Nun sollte, — würde es endlich Licht werden. Völkerbündnung — Weltfriede — Abrüstung. Keine Waffensysteme sollten mehr erzeugt werden. Bomben und andere von technischen Genies erfundene Mittel, Münzen, so schnell und zahlreich wie nur möglich in ein besseres Jenseits zu schaffen, sollten nicht mehr hergestellt werden dürfen, oder doch — ihr Verbrauch „nach Möglichkeit“ einzuschränken sein. Ebenso sollte — das war eines der Hauptpunkte des Washingtoner Programms — die „dörflicherrechtswidrige“ U-Bootwaffe verboten werden. Dagegen sträubte sich befannlich das glorreiche Frankreich, das nicht nur zu Lande möglichst gesiegt sein wollte gegen die — unbarmhärtigen Boches, sondern sich auch in einer Art von konstantem Verfolzungswahninn von seinen ehemaligen guten Freunden jenseits des Kanals und des großen Teiches bedroht glaubte. Ein entrüstetes Rauschen ging darob durch den amerikanischen Blätterwald, und auch in England gab man dem französischen Bundesgenossen deutlich zu verstehen, das an seinem Eigentum das große und herrliche Problem des Weltkriegs scheitern müsse. Gut — es ist fraglos eine sehr gewagte Egretour, die Frankreich in der U-Bootfrage hier tanzt. Aber — so dürfen wir fragen: — ist denn die übrige Kulturwelt tatsächlich ohne Vorbehalt bereit, sich den gewißlich edlen und dankenswerten Befordern zu unterwerfen, die einen „ewigen“ Frieden verbürgen? Nur Idealisten könnten dies jemals glauben. Und auch diese dürrten englisches gehabt sein. Theorie und Praxis — eine unüberbrückbare Kluft trennt heute noch, vielleicht aber besser gesagt: für alle Zukunft die beiden Begriffe. Was soll man beispielsweise dazu sagen, wenn man wohl hört, daß das technische Komitee der amerikanischen Delegation auf der Konferenz in Washington in einem eingehenden und dringlichen Bericht das Verbot aller chemischen Kriegsmittel „empfohlen“ habe, — gleichzeitig aber erklärt wird, daß „dieser Standpunkt nicht von allen Technikern geteilt werde? Gipfel der Heuchelei! — Am selben Tage hielt der amerikanische General Hayes einen mit viel Beifall aufgenommenen Vortrag im „Institut“ von Baltimore, worin er dringend die Beibehaltung der giftigen Gase als Kriegsmittel fordert. Das „Institut“ aber hat daraus einstimmig den Beschuß gefasst, die baldmögliche Schaffung großer Mengen von Giftgasen zu fordern. — Fürwahr, noch gilt der klassische Spruch: mundus vult decipi! — Die Welt will betrogen sein, — sie ist es ja nicht besser!

Waren Sie nicht zu ehrlich, Mr. Lloyd George?

Der englische Ministerpräsident hat in Cannes große Worte gelassen ausgesprochen. „Es ist eine unabdingbare Aufgabe, seinen Alliierten Mäßigung zu predigen, wenn es sich um Deutschland aufzuerlegenden Bedingungen handelt!“ Nicht übel gesagt. Freilich nicht ganz im Einklang mit gelegentlichen, stark pathetisch-moralischen Phrasen, die schon aus demselben Mund und aus denselben Sprache zu uns gedrungen sind. Wenn etwas moralisch in dieser Welt ist, dann ist es doch wohl der Mut der eigenen Überzeugung, auch den besten Freunden gegenüber, und dann ist es doch wohl auch der Schutz, den man einem Schwachen, Überwältigten, Ausgeplünderten zuteil werden läßt. Nun, darüber werden wir uns mit Lloyd George und den meisten seiner Landsleute ja wohl nie verständigen.

Aber ein anderes Bekenntnis aus demselben Mund ist noch interessanter: „England hat kein Interesse daran, Deutschland zu schaden; wenn Deutschland ruiniert würde, würde England das erste Land sein, welches Vorteil daraus ziehen würde.“ Es stimmt. Es stimmt bis ins Kleinste. Und das Wort des englischen Ministers erinnert lebhaft an ein anderes englisches Wort, das vor 20 Jahren gewissermaßen die deutschlandfeindliche Politik Englands eingeläutet hat, daß an dem Tage, an dem Deutschland zugrunde gehe, es keinen Engländer geben könnte, der nicht reicher dadurch geworden wäre. Das war vor dem Kriege, an dem wir bekanntlich schuld sein sollen. Und nun das Bekenntnis dieses wackeren Engländer heute, heute nach dem Kriege. Ob nicht beides miteinander zusammenhängt? Und ob nicht diese beiden Neuerungen herangezogen werden müssen, wenn es gilt, festzustellen, wer den ungeliebten Krieg herbeigeführt hat? Wenn Deutsch-

land ruiniert würde, würde England das erste Land sein, welches Vorteil daraus ziehen würde!“ Ist das erst heute so? War es schon vor 1914 so? Dann wäre doch ein Schluß zum Greifen nahe!

Volkswirtschaft.

• 122,8 Milliarden Papiergold. Der neue Reichsbankausweis ist gekennzeichnet durch die weitere große Zunahme der Reichsbankanweisungen um 4,9 Milliarden auf 122,845 Milliarden Mark. Im übrigen hat die zweite Januarwoche der Bank einen neuen, allerdings wiederum nur verhältnismäßig bescheidenen Rückflug an Zahlungsmitteln gebracht. Der Banknotenumlauf ist um 545,9 Millionen Mark auf 112.593,9 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehnsfassenscheinen um 90,9 Mill. Mark auf 8142,1 Millionen Mark gefallen. Der gesamte Umlauf an beiden Geldzetteln hat sich also um 636,8 Mill. Mark vermindert.

Der Heidelberger Mordprozeß.

Der Alibi-Beweis gescheitert.

Die Beugenaussagen im Heidelberger Mordprozeß sind für den Angeklagten Siebert, der noch immer hartnäckig leugnet, ungemein belastend. Nach den Aussagen verschiedener Zeugen kann die Angabe des Angeklagten, er sei erst nach 11 Uhr von Heidelberg angekommen, nicht stimmen. Der Angeklagte bleibt trotzdem bei seiner Behauptung. Der Kriminalsekretär Garrenkopf macht von einem Schlüsselbund Mitteilung, den Siebert im Besitz gehabt habe: ein Schlüssel passte zur Wohnung des ermordeten Werner, einer zu dessen Schreibstube. Den Cheering Werner hat der Angeklagte für 90 Mark in Reckgemünd unter dem Namen Werner aus Biegelhausen verkauft. Dies gibt Siebert zu.

Der Untersuchungsrichter berichtet über die Fahrt, die Siebert in die Gegend von Heilbronn und Jagstfeld unternommen hatte. Siebert sei tatsächlich am 27. Juni von Heidelberg nach Oppenau gefahren. Er habe sich dort am Montag und Dienstag aufgehalten. Die Zeugen, die nach den Ausführungen des Untersuchungsrichters vernommen wurden und die Siebert entlasten sollten, ver sagten in dieser Hinsicht vollständig. Der Führermann, der Siebert am Mittwoch über den Neckar gefahren ist, erklärte, daß dies nicht am Mittwoch, sondern am Montag gewesen sei. Nach dem Versagen der Zeugen sagte der Vorstehende zu Siebert: „Sie haben also Ihren Alibi-Beweis für den Mittwoch nicht erbracht.“ Die Bahnhofstationen teilten auf Anfrage mit, daß Fahrkarten, die Siebert sich am Montag zwischen Heidelberg und Oppenau gekauft haben will, auf den Stationen nicht aufzufinden waren.

Soziales.

• Eine gemeinsame Aktion der Beamtenorganisationen. Die Beamtenvereinigungen beabsichtigen, eine gemeinsame Befreiung der Spivengesellschaften einzurufen, um sich mit der Frage eines geschlossenen Vorgehens über die weitere Verfolgung der Beamtenforderungen zu beschäftigen. Die Befreiung soll erfolgen, sobald eine Stellungnahme des Reichstages zu der Regierungsvorlage über die Aufbesserung der Beamten- und Staatsarbeiterbezüge vorliegt.

• Regelung der Überleiterungs zuschüsse. Amtlich wird mitgeteilt: Die mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vereinbarten Verhandlungen zur Regelung der Überleiterungs zuschüsse beginnen für die Eisenbahnarbeiter am 24., für die Arbeiter der anderen Reichsverwaltungen am 28. Januar. Die Bekanntgabe des Verhandlungstermins dürfte dazu beitragen, die in den teureren Orten sich immer mehr bemerkbar machen Unruhe etwas einzudämmen. Es war schon von vornherein daran gedacht, einen Ausgleich zwischen den höheren Löhnen der Privat arbeiter durch Überleiterungs zuschüsse herbeizuführen. Soweit es sich um die Übertragung der Überleiterungs zuschüsse an die Beamten handelt, ist ein Termin zur Verhandlung noch nicht festgesetzt. Es darf aber als feststehend betrachtet werden, daß auch darüber verhandelt wird

Aus Stadt und Land.

• Nischenbrand der Kartoffelfabrik. Die große Kartoffelfabrik bei Berlin ist das Opfer eines riesigen Feuers geworden. Am Freitag vormittag brach dort ein Brand aus, der die riesigen Gebäude völlig verqualmt und die über 1000 Personen, die dort zurzeit beschäftigt sind, in grohe Gefahr brachte. Den sofort herbeieilenden Feuerwehren gelang es, daß in der Fabrik befindlichen Personen zunächst herauszuschaffen. Dennoch haben über hundert Arbeiter Rauchvergiftungen erlitten. Ein schwerer Staubwind erschwerte ungemein die Löscharbeiten. Da Feuer fand immer neue Nahrung an den großen Haufen der Schokoladenfabrik lagernden Vorräten. Die Stelle mußten unter Wasser gesetzt werden, um Explosionsgefahr zu vermeiden. Filmgesellschaften benützten die Gelegenheit zu großen Filmaufnahmen der brennenden Fabrik.

• Ungeheure Schneefälle im Schwarzwald. Reichliche Schneefälle sind im gesamten Schwarzwald niedergegangen, so daß die Schneedecke durchschnittlich auf einen Meter Höhe stieg. In den Bergdörfern und auf den Höhenlinien mußten Schneepflüge geführt werden, um die gewaltigen Schneemassen gut Seite zu schieben und den Berlehr einigermaßen zu ermöglichen. Automobilverkehr ist in den höheren Gebirgslagen seit Wochen ganz unmöglich, in den tieferen Abhängen und in der Ebene liegt gleichfalls eine starke Schneedecke. Die Wintersportverhältnisse sind überall ausgezeichnet und Skodel- und Schneeschuhbahnen sind zu den Tälern und Bahnhofstationen herab gefahren.

• Ein verhafteter Expresser. Im Domhühl in Mittelfranken wurde der Naturheilkundige Kistel verhaftet, der 15 Einwohner durch Morddrohbriefe aufgefordert hatte, sofort die Summe von 110.000 Mark für ihn aufzubringen.

• Ein brausster Salzmarkt ermordet. In Frankfurt am Main wurde der Salzmarkt Fred Buetten in seiner Wohnung im Bett ermordet aufgefunden. Der Mörder hatte sein Opfer durch Anwendung eines Sticks und dann mit Steinen zusammengeschossen. Die Tat dürfte schon vor fünf Tagen geschehen sein. Befestigtes liegt Raubmord vor; vom Täter fehlt jedes Spur.

• Berliner Arbeitslose in München. Von Berlin aus wurden ohne jedes Einverständnis und ohne vorherige Verständigung mit dem Münchener Arbeitsamt 64 Arbeitslose nach München geschickt mit der Befreiung, das städtische Arbeitsamt solle ihnen Arbeit geben. Alle Münchener Beschwerden dagegen waren vergebens. Die Berliner Arbeitslosen wurden nun zu kulturarbeiten nach Oberbayern gesandt. Sie verweigerten aber die Arbeit, fuhren nach München zurück und verlangten Belegsiegung, lehnten die Unterbringung in einem Asyl ab und lagen nun Tag und Nacht im Hauptbahnhof.

• 40.000 Mark unterschlagen. Der frühere Bürochef Gerh. Wsg. hat während seiner Tätigkeit bei dem Notstandsamt in Berlin-Adlershof Unterschlagungen begangen, deren Höhe sich auf einige 40.000 Mark belaufen sollen. Wsg. ist geständig. Etwa 500 Mark konnten beschlagnahmt werden. Das Geld will Wsg. verspielt haben.

• Verhaftung einer Schiffsschaffung. In Wien ist die ganze Besatzung eines aus Belgrad eingetroffenen Schiffes verhaftet worden, weil sie Waren im Wert von 12 Millionen Kronen gestohlen und unter der Hand verkauft hatte.

Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Ebenstein.

(13. Fortsetzung)

„Die besten Ehen sind doch die modernen, die nur auf Kameradschaftlichkeit beruhen.“ Oder: „Eine Frau, die ihren Mann gleichsam monopolisiert, wäre mir unerträglich. Das Recht der Individualität muß auf beiden Seiten stets gewahrt bleiben.“

„Wer reserviert meine Individualität?“ fragte sich Ruth manchmal traurig. Aber sie sprach es nie aus. Was lag an ihr? Wenn nur er zufrieden wäre! Und sie mühte sich redlich, ihre Ausbildung zur Gesellschaftsdame zu vervollständigen.

Leider befahl sie so wenig Talent dazu. Ihre Toiletten waren ihm immer zu einfach, ihr Auftreten zu schlicht, ihre Konversation zu unbeholfen und nicht geistreich genug.

„Rumm dir doch die Gräfin Romansky zum Muster“, sagte er eines Tages ungeduldig. „Wie wertig gewandt ist die und so gar nicht sentimental! Du könnteviel von ihr lernen!“

Ruth blieb ihren Mann bestürzt an. Dann siegte tiefe Röte in ihr Gesicht. Diese Frau mit dem kupferroten gefärbten Haar und den geschminkten Lippen, die ihren Mann schlecht handelte und sie einen Schwarm Verehrer um sich hatte, hielt er ihr als Beispiel vor!

Jeanne Romansky war eine echte Pariserin, und die Mama erzählte sich, daß sie als Mädchen am Operntheater Triumph gezeigt, bis Graf Romansky sich in sie verliebte und sie zur Gräfin machte.

„Verdend,“ flammte Ruth erregt, „das kann doch nicht sein. Möchtest du denn, daß ich wäre wie sie?“

Er machte eine nervöse ungeduldige Bewegung.

„Wie das hochsprechend klingt! So recht vom hohen Zugend der Philisterfeelen herab! Ich möchte wirklich wissen, was du an ihr auszusehen hast?“

„Sie ist keine gute Frau . . . sie behandelt ihren Mann zuwenig abscheulich . . .“

„Und er ist trotzdem verliebt in sie wie ein Narr! Ja, meine Liebe, das verschleißt du freilich nicht, daß ein Mann es mitunter vorzieht, sich von einer schönen kleinen Frau quälen anzustellen von einer bloß tugendhaften anhimmeln zu lassen.“

Meißner hatte er sich sowohl vergessen, in geziemtem, fast brutalem Ton mit ihr zu sprechen. Sie hatten seine Augen so salt — beinahe verächtlich — über sie hinwegsehen. Ruth stand wie erstarzt. Romanlos Schmerz krampfte ihr die Kehle zusammen. Sie konnte nicht ahnen, daß er im Moment an eine andere dachte, die auch pittoresk war und vielleicht noch besser verstand, die Männerherzen zu quälen . . . Und daß etwas im Wesen Jeanne Romanskys ihn plötzlich an jene andere erinnerte . . .

„Ungefährs, bitte, beeile dich jetzt mit deiner Toilette, Ruth. Das Auto wartet bereits unten.“

Ohne ein Wort zu erwidern, wollte Ruth das Zimmer verlassen. Da setzte er noch leicht hinzu: „Nach dem Theater souplieren wir bei Tortoni. Drehler kommt hin und wahrscheinlich auch die Romansky's. Ich hoffe, du wirst trotz deiner Antipathie gegen die Frau nie vergessen, daß ihr Mann mein Kollege ist!“

Das klang fast wie ein Befehl.

„Ich hoffe, du hattest bisher noch nie Ursache, dich über mein Benehmen zu beklagen“, entgegnete Ruth mit Tränen lämpsend und verließ hastig das Zimmer.

Er warf ihr einen verärgerten Blick nach. Wie sie ihn liebte mit dieser Unterwürfigkeit, die blind ergebene Liebe verrückt! Liebe, die er nicht verlangte, die ihm quälend und lästig war, weil sie nach verdeckten Vorwürfen schmeckte.

Überhaupt dies Leben . . . Er fuhr sich verzweifelt ins Haar und rannte wie ein gebeizter Löwe im Rüttig auf und nieder. — Unerträglich! Unerträglich!

Ruth ließ sich indes von Frau Enders anstecken. In ihr lebte kein Zorn. Nur tiefer Schmerz und heißes Mitleid mit ihm, den dies aufreibende Leben so nervös machte, daß er kaum mehr wußte, was er sprach.

Stärker als je erwachte die Sehnsucht, mit ihm irgendwo in Stille und Waldeinsamkeit nur ein paar Tage verbringen zu dürfen. Dort würden sie einander näher treten können, und gehegt und gehätschelt von ihr, würde er sie lieben lernen . . .

Mit offenem Auge träumte sie von den alten Buchen im Reutteiner Park, die sie nie gesehen und doch aus den Schilderungen ihrer Mutter so gut kannte; von den Wäldern dort und den weiten Wänden im Schloß und einem Turmzimmer, das einst die Mutter

